

**edf11** – Gesellschaft für  
eritreisch – deutsche Freundschaft  
Postf. 101 302, D – 34013 Kassel  
E-Mail: edf11@web.de  
Tel.: (0)162 – 340 47 29

An die Mitglieder der Ständigen Konferenz der  
Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)  
c/o Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
Friedrich-Ebert-Allee 12  
65185 Wiesbaden

, den 08. Dez. 2011

### Offener Brief (2)

## Menschenleben retten ist soooooo einfach – man muß nur wollen!

Sehr geehrte Damen und Herren Innenminister und -senatoren,

es sind einige verspätete Unterschriftenlisten eingetroffen, welche heute auf den Postweg zu Ihnen gebracht worden sind. Noch weitere 48 Personen haben sich in die Unterschriftenlisten eingetragen (siehe Anlagen).

Die Anzahl der Ihnen insgesamt vorgelegten Unterschriften beträgt somit abschließend:

**851.**

Bitte sehen Sie sich hierdurch nochmals angeregt, diese wichtigen Schritte baldmöglichst zu vereinbaren:

- eine rasche Aufnahme aus Nordafrika von 500 insbesondere eritreischen und somalischen Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR),
- eine permanente Teilnahme der Bundesrepublik an dem Neuansiedlungsprogramm (Resettlement) des UNHCR für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge.

Haben Sie dafür **herzlichen Dank !**

(gez.)

Thomas Aleschewsky  
für edf11

(gez.)

Tekle Ghebreghiorgis  
für ASPER

---

**edf11** – Gesellschaft für  
eritreisch – deutsche Freundschaft  
Postf. 101 302, D – 34013 Kassel  
E-Mail: edf11@web.de  
Tel.: (0)162 – 340 47 29

An die Mitglieder der Ständigen Konferenz der  
Innenminister und -senatoren der Länder (IMK)  
- über die Geschäftsstelle der IMK, 11055 Berlin -  
c/o Hessisches Ministerium des Innern und für Sport  
Friedrich-Ebert-Allee 12  
65185 Wiesbaden

, den 07. Dez. 2011

### Offener Brief

## Menschenleben retten ist soooooo einfach – man muß nur wollen!

Sehr geehrte Damen und Herren Innenminister und -senatoren,

aus Anlass der drängenden Notlage für ausländische Flüchtlinge in nordafrikanischen Staaten haben wir uns veranlasst gesehen, die aktuellen Forderungen und Bitten der Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen Rheinland-Pfalz Frau ALT sowie des UNHCR aufzugreifen und sie mit Hilfe einer spontanen Unterschriftenaktion einer breiteren Öffentlichkeit vorzustellen. Binnen weniger Tage - vom 26. Nov. bis zum 06. Dez. 2011 - haben wir bundesweit geworben. Die Anzahl der Ihnen heute vorgelegten Unterschriften beträgt

---

Als kleine und wenig bekannte Organisationen haben wir uns daran gemacht, insbesondere bei Menschen mit eigenem ausländischem „Migrationshintergrund“, bei beruflich wie ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Tätigen und bei Interessierten an gewaltfreien zwischen- und innerstaatlichen Konfliktlösungen in aller Welt „anzuklopfen“. Wir haben für die Forderungen und Bitten einen guten Zuspruch erhalten, haben aber auch mitunter Widerspruch zur Kenntnis nehmen müssen. Diese Flüchtlinge sollten doch besser in ihre Heimat zurückkehren.

Wir sehen die Rückkehr dieser Flüchtlinge als keine Lösung der drängenden humanitären Probleme für ausländische Flüchtlinge in Nordafrika an. UNHCR hat nicht ohne gute Gründe angefragt, dass die

Bundesrepublik sich seinem ständigen Resettlement-Programm anschließen und - ganz aktuell - 500 besonders schutzbedürftige Menschen aus den nordafrikanischen Staaten aufnehmen möge.

Angesichts der zahllosen Tragödien im Mittelmeer und angesichts des Umstandes, dass trotz der exzellenten satellitengestützten Überwachung des Seegebietes die Seenotrettung nicht zu den vordringlichen Aufgaben zahlreicher Schiffsbesatzungen zu gehören scheint, angesichts auch der tragischen Ereignisse in Ägypten im Sinai, wo zahlreiche Flüchtlinge Opfer von Menschenhändlern und Organräubern geworden sind, und angesichts gewaltsamen „Einwirkens“ ägyptischer Stellen auf schutzbedürftige Flüchtlinge aus Eritrea, bei welchen der schon gewährte UNHCR-Schutz nicht ausreichend zu sein scheint, ist in den unsicheren innenpolitischen Situationen in den nordafrikanischen Staaten ein deutsches Handeln dringend geboten !

Frau Ministerin ALT und UNHCR stehen mit dieser Bitte nicht alleine da. Wir erinnern an den „Choucha“-Appell u. a. von medico international, <http://www.medico.de/themen/vernetztes-handeln/campaigns/dokumente/choucha-appell/4021/> , dem sich binnen 3 Monaten mehr als 2.600 Menschen angeschlossen haben (Stand 21.11.2011).

Wir verweisen auf die „Save-Me-Kampagne“, der Gruppen in 53 Städten und Kreisen angehören.

Wir machen auf E-Mail-Aktionen von Amnesty International an Herrn Bundesinnenminister Friedrich und von PRO ASYL an den EU-Ratspräsidenten Herrn Herman van Rompuy aufmerksam.

[http://action.amnesty.de//ger/p/dia/action/public/?action\\_KEY=518&d=1](http://action.amnesty.de//ger/p/dia/action/public/?action_KEY=518&d=1)

[http://www.proasyl.de/de/home/aktion-ausverkauf-der-fluechtlingsrechte-stoppen/e-mail-an-praesident-van-rompuy-deutsch/?no\\_cache=1&sword\\_list\[0\]=rompuy](http://www.proasyl.de/de/home/aktion-ausverkauf-der-fluechtlingsrechte-stoppen/e-mail-an-praesident-van-rompuy-deutsch/?no_cache=1&sword_list[0]=rompuy)

Wie sich eine Aufnahme von ausländischen Flüchtlingen sowohl in der Öffentlichkeit als auch für die ausländischen Flüchtlinge positiv darstellen kann, haben wir erst vor wenigen Tagen gesehen, als im Rahmen der „relocation“ etwa 150 Flüchtlinge von Malta geholt wurden. Ungleich der Anzahl von Asyl-„Bewerbern“, welchen kein so freundlicher Empfang bereitet wurde und wird, gedeiht hier eine Willkommenskultur und beginnt die Integrationsarbeit quasi ab dem Tag der Einreise, für die alle Beteiligten im Vorfeld und bei der Durchführung zu loben sind ! Das schreit nach „Wiederholung“ !

Es spricht aus unserer Sicht nichts dagegen, ein solches deutsches Engagement der Aufnahme ausländischer Flüchtlinge generell zu vereinbaren und - insbesondere auf Nachfrage des UNHCR - jeweils rasch und sorgsam zu praktizieren.

**Wir - die Einwohnerinnen und Einwohner der Bundesrepublik Deutschland - sind schon soweit !**

**Bitte folgen auch Sie Ihrer Verpflichtung zur internationalen Flüchtlingshilfe und gehen Sie diese beiden Schritte mutig an !**

Haben Sie dafür herzlichen Dank !

Thomas Aleschewsky  
für edf11

Tekle Ghebregiorgis  
für ASPER

## An die Konferenz der Innenministerinnen und -minister der Länder und des Bundes v. 8.-9. Dez. 2011 in Wiesbaden

Ich **unterstütze** die Forderungen der Integrationsministerin von Rheinland Pfalz - **umseitig** - nach einer raschen Aufnahme aus Nordafrika von 500 insbesondere eritreischen und somalischen Flüchtlingen - in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) - sowie nach einer permanenten Teilnahme der Bundesrepublik an dem Neuansiedlungsprogramm (Resettlement) des UNHCR für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge:

Name,	Vorname	Anschrift	Unterschrift
1			
2			
3			
4			
5			
6			
7			
8			

Bitte bis **Dienstag, 6. Dez. 2011**, schicken an **edf11, Postfach 101 302, 34013 Kassel**, Übergabe der Unterschriften: Mittwoch, 7. Dez. 2011, 16 Uhr, in WI.

ViSdP: edf11 - Gesellschaft für eritreisch-deutsche Freundschaft -, c/o Thomas Aleschewsky, Friedrich-Wöhler-Str. 20, 34127 Kassel, Mail: [edf11@web.de](mailto:edf11@web.de)

mit Unterstützung durch den Hessischen Flüchtlingsrat -hfr-, Leipziger Straße 17, 60487 Frankfurt/Main, Mail: [hfr@fr-hessen.de](mailto:hfr@fr-hessen.de), und

in Kooperation mit ASPER - Associazione ONLUS per la Tutela dei Diritti Umani del Popolo Eritreo -, Neapel u. Wiesbaden, Mail: [asper.eritrea@gmail.com](mailto:asper.eritrea@gmail.com)

Zusicherung: Die ausgefüllte Unterschriftenliste und die auf ihr enthaltenen personenbezogenen Eintragungen werden bis zu ihrer Weitergabe an den genannten Adressaten weder fotokopiert noch elektronisch gespeichert werden, sie werden auch nicht anderweitig verwendet werden.

# Rheinland-Pfalz fordert die Aufnahme von Flüchtlingen und Teilnahme der Bundesrepublik am Resettlement-Programm der UNHCR

**Integrationsministerin Irene Alt, die innerhalb der rheinland-pfälzischen Landesregierung für das Ausländer- und Flüchtlingsrecht zuständig ist, fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), aktuell mindestens 500 afrikanische Flüchtlinge aufzunehmen, die sich in einer existenziellen Notlage befinden.**

Rheinland-Pfalz wird auf der nächsten Innenministerkonferenz, die am 8./9. Dezember 2011 stattfindet, einen entsprechenden Vorstoß unternehmen.

„Mit großer Sorge betrachte ich das Schicksal von einigen Tausend afrikanischen Flüchtlingen, insbesondere aus Eritrea und Somalia, die aus Furcht vor Gewalt und Übergriffen ursprünglich nach Libyen geflüchtet waren und nun dort zum zweiten Mal vor Gewalt fliehen mussten“, erklärt die Ministerin unter Berufung auf die Erkenntnisse des UNHCR. Es handelt sich dabei nicht um Wirtschafts- oder Armutsfüchtlinge, sondern um Personen, die Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention beanspruchen können. „Diese Menschen befinden sich in einer schlicht ausweglosen Situation und haben eine doppelte Vertreibung erlitten.“

Der UNHCR hat die internationale Staatengemeinschaft deshalb dringend um die Bereitstellung von Aufnahmekapazitäten gebeten. „Die Bundesrepublik kann sich diesem Aufruf aus humanitärer

Verantwortung nicht verschließen“, betont die Ministerin und fordert die Bundesregierung auf, sich mit der Aufnahme von mindestens 500 Personen an dieser Aktion zu beteiligen. Das Land Rheinland-Pfalz ist bereit, seinen solidarischen Beitrag zu leisten und entsprechend seiner Aufnahmequote diesen Personen eine neue Heimat zu bieten.

Im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes spricht sich die Ministerin für die permanente Teilnahme der Bundesrepublik an dem Neuansiedlungsprogramm (Resettlement) des UNHCR für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus. Nur so kann die erforderliche Planungssicherheit erreicht werden, um zeitnah und in angemessener Weise auf krisenhafte Ereignisse reagieren zu können. „Ein permanentes Resettlement-Programm – wie vom UNHCR seit vielen Jahren gefordert - ist für mich ein integraler Bestandteil der zukünftigen Asyl- und Flüchtlingspolitik auf nationaler und europäischer Ebene“, betont Integrationsministerin Irene Alt.

Die Bundesregierung sei daher aufgefordert, sich auf europäischer Ebene sowie im Kreis der Mitgliedstaaten dafür einzusetzen und entsprechende Initiativen der EU-Kommission zu unterstützen.

Quelle:

<http://mifkjf.rlp.de/aktuelles/presse/einzelansicht/archive/2011/november/article/rheinland-pfalz-fordert-die-aufnahme-fluechtlingen-und-teilnahme-der-bundesrepublik-am-resettlement>

21.11.2011 | Integration

## Aufnahme von Flüchtlingen

Integrationsministerin Irene Alt, die innerhalb der rheinland-pfälzischen Landesregierung für das Ausländer- und Flüchtlingsrecht zuständig ist, fordert die Bundesregierung auf, in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR), aktuell mindestens 500 afrikanische Flüchtlinge aufzunehmen, die sich in einer existenziellen Notlage befinden.



Rheinland-Pfalz wird auf der nächsten Innenministerkonferenz, die am 8./9. Dezember 2011 stattfindet, einen entsprechenden Vorstoß unternehmen.

„Mit großer Sorge betrachte ich das Schicksal von einigen Tausend afrikanischen Flüchtlingen, insbesondere aus Eritrea und Somalia, die aus Furcht vor Gewalt und Übergriffen ursprünglich nach Libyen geflüchtet waren und nun dort zum zweiten Mal vor Gewalt fliehen mussten“, erklärt die Ministerin unter Berufung auf die Erkenntnisse des UNHCR. Es handelt sich dabei nicht um Wirtschafts- oder Armutsflüchtlinge, sondern um Personen, die Schutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention beanspruchen können. „Diese Menschen befinden sich in einer schlicht ausweglosen Situation und haben eine doppelte Vertreibung erlitten.“

Der UNHCR hat die internationale Staatengemeinschaft deshalb dringend um die Bereitstellung von Aufnahmekapazitäten gebeten. „Die Bundesrepublik kann sich diesem Aufruf aus humanitärer Verantwortung nicht verschließen“, betont die Ministerin und fordert die Bundesregierung auf, sich mit der Aufnahme von mindestens 500 Personen an dieser Aktion zu beteiligen. Das Land Rheinland-Pfalz ist bereit, seinen solidarischen Beitrag zu leisten und entsprechend seiner Aufnahmequote diesen Personen eine neue Heimat zu bieten.

Im Interesse einer Fortentwicklung und Verbesserung des Flüchtlingsschutzes spricht sich die Ministerin für die permanente Teilnahme der Bundesrepublik an dem Neuansiedlungsprogramm (Resettlement) des UNHCR für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge aus. Nur so kann die erforderliche Planungssicherheit erreicht werden, um zeitnah und in angemessener Weise auf krisenhafte Ereignisse reagieren zu können. „Ein permanentes Resettlement-Programm – wie vom UNHCR seit vielen Jahren gefordert – ist für mich ein integraler Bestandteil der zukünftigen Asyl- und Flüchtlingspolitik auf nationaler und europäischer Ebene“, betont Integrationsministerin Irene Alt.

Die Bundesregierung sei daher aufgefordert, sich auf europäischer Ebene sowie im Kreis der Mitgliedstaaten dafür einzusetzen und entsprechende Initiativen der EU-Kommission zu unterstützen.



**UNHCR**

United Nations High Commissioner for Refugees

Haut Commissariat des Nations Unies pour les réfugiés

Schriftgröße Drucken Empfehlen

## Resettlement: Vorstoß von Rheinland-Pfalz richtungsweisend

22 November 2011

Berlin - Das UN-Flüchtlingskommissariat (UNHCR) begrüßt ausdrücklich den Vorstoß der rheinland-pfälzischen Landesregierung zur gezielten Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge aus dem Libyen-Konflikt. Ein entsprechender Beschluss soll bei der nächsten Innenministerkonferenz (8./9. Dezember) herbeigeführt werden.

"Diese Initiative ist sehr ermutigend und richtungsweisend", so heute in Berlin der UNHCR-Vertreter für Deutschland und Österreich Michael Lindenbauer. "Sie bestärkt unsere Hoffnung, dass Deutschland sich jenen Staaten anschließt, die sich bereit erklärt haben, an einem UNHCR-Programm zur Neuansiedlung von Flüchtlingen des Libyen-Konflikts mitzuwirken."

Die betroffenen Flüchtlinge stammen vornehmlich aus Somalia, Sudan, Eritrea und anderen Sub-Sahara-Konfliktstaaten. Sie haben Libyen infolge der gewaltsamen Auseinandersetzungen der letzten Monate verlassen müssen und befinden sich derzeit in sehr prekärer Lage in Tunesien und Ägypten. Anders als hunderttausende von ehemaligen 'Gastarbeitern' können sie jedoch weder in ihre Heimat zurück noch in den angrenzenden Staaten bleiben. Insgesamt rund 5.000 Flüchtlinge sind deshalb dringend auf die Neuansiedlung in einem Drittland (Resettlement) angewiesen.

Bislang liegt UNHCR von zehn Staaten die Zusage für rund 1.000 Aufnahmeplätze vor. Ein weiteres Teilkontingent könnte die Möglichkeit erhalten, sich in den USA niederzulassen. Weitere Plätze werden jedoch dringend benötigt, um der akuten Notsituation der Betroffenen gerecht werden zu können.

"Ich appelliere deshalb dringend an die Innenministerkonferenz, dem Vorschlag von Rheinland-Pfalz zu folgen, mindestens 500 der betroffenen Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit UNHCR in Deutschland dauerhaft aufzunehmen", so Lindenbauer.

Der UNHCR-Verteter zeigte sich darüber hinaus sehr erfreut, dass Rheinland-Pfalz sich auch für die Einrichtung eines dauerhaften Resettlement-Programms für besonders schutzbedürftige Flüchtlinge einsetzen will. Aus anderen Bundesländern gebe es ebenfalls positive Signale in dieser Hinsicht.

Lindenbauer: "Die Teilnahme Deutschlands an dem globalen UNHCR Resettlement-Programm wäre ein wichtiger Beitrag zur internationalen und europäischen Verantwortungsteilung im Flüchtlingsschutz. Deutschland würde sich damit der Reihe jener Staaten anschließen, die regelmäßig und in geordneter Weise Flüchtlinge aus Erstzufluchtsstaaten dauerhaft aufnehmen."

[« zurück](#)

URL: [www.unhcr.de/home.html](http://www.unhcr.de/home.html)

copyright © 2001-2011 UNHCR - all rights reserved.

Menschenleben retten

ist soooooo einfach –

man muß nur wollen!